



Antrag der Fakultätsvertretungen TNF, SOWI, JUS und der StV MED zur außerordentlichen Sitzung der Universitätsvertretung am 3.7.2020

Antragstellerin: Christine Berger

Budgetübertrag

Nach dem Vorbild der ÖH an der Uni Wien soll es Studienvertretungen, Fakultätsvertretungen und Referaten ermöglicht werden einen Teil ihres unverbrauchten Budgets ins nächste Wirtschaftsjahr mitzunehmen.

Nachdem vor allem durch den Ausfall der Präsenzlehre in diesem Semester viele Studienvertretungen ihr Budget bei weitem nicht ausschöpfen konnten, soll ihnen dieser Budgetübertrag jedenfalls noch für dieses Wirtschaftsjahr ermöglicht werden, um im nächsten Studienjahr vermehrt Aktionen für die Studierenden finanzieren zu können.

Die Universitätsvertretung der JKU möge daher folgende Antragspunkte beschließen:

- Allen StVen, FakVen und Referaten ist es gestattet auf Antrag innerhalb eines Wirtschaftsjahres nicht verbrauchte laufende Budgetmittel bis maximal 33,3 Prozent des im ersten Jahresvoranschlag eines Wirtschaftsjahres ausgewiesenen Jahresbudgets (=Sachaufwand) der jeweiligen Organisationseinheit in das darauf folgende Wirtschaftsjahr zu übertragen.
- Die Beantragung eines Budgetübertrags hat mittels einem vom Wirtschaftsreferat zur Verfügung gestellten Formular bis 14.7. und somit bis zwei Wochen nach Ende des laufenden Wirtschaftsjahres von dem Mittel in das darauf folgende Wirtschaftsjahr übertragen werden sollen, zu erfolgen. Im Antrag ist die geplante Verwendung der zu übertragenden Gelder anzuführen.
- Übertragene Mittel stehen dem jeweiligen Organ im folgenden Wirtschaftsjahr in Summe mit dem laufenden Budget zur Verfügung und können im Rahmen der gesetzlich vorgeschriebenen Aufgaben für die gewöhnlichen Ausgaben eines Organs genutzt werden.
- Nach dem endgültigen Beleg-Annahmeschluss werden bei jenen Organen, die einen Antrag auf Budgetübertragung gestellt haben, etwaige nicht genutzte laufende Budgetmittel bzw. der anhand des laufenden Budgets mögliche Budgetübertrag errechnet. Der sich daraus ergebende Budgetübertrag ist ab dem jeweils folgenden November im Jahresvoranschlag und im ersten standardmäßig versandten Kontostand bei den einzelnen Organen abgebildet.
- Die Möglichkeit des Budgetübertrags soll auf jeden Fall noch für das Wirtschaftsjahr 2019/20 rückwirkend mit verlängerter Frist umgesetzt werden.



**Antrag zur ersten außerordentlichen
Sitzung der ÖH JKU SoSe 2020**

Antragsteller: Daniel Nenning
GRAS, VSSTÖ, JUNOS Studierende

Rassismus thematisieren - auch an der JKU

Die Ermordung von George Floyd durch einen Polizisten und der darauffolgende Sturm der Entrüstung haben eindrücklich gezeigt wie allgegenwärtig der alltägliche Rassismus in den USA ist. Rassismus ist jedoch ein globales Problem, auch in Österreich und an österreichischen Hochschulen sind Menschen Rassismus ausgesetzt. Als ÖH JKU haben wir nun die Chance ein Zeichen gegen jede Form von Rassismus zu setzen. Es liegt an uns, auf dieses gesamtgesellschaftliche Problem aufmerksam zu machen und uns auf die Seite der Betroffenen zu stellen. Rassismus tötet - überall auf der Welt. Sagen wir gemeinsam dieser toxischen Ideologie den Kampf an. Die ÖH JKU und die JKU könnten positive Vorbilder sein im Kampf gegen Diskriminierung - dafür braucht es aber aktives Handeln.

Die Hochschulvertretung der JKU möge daher beschließen, dass...

- das Referat für Frauen, Gender und Gleichbehandlungsfragen im Zuge der Gleichbehandlungsfragen einen thematischen Schwerpunkt zu Rassismus setzt. Im Zuge von Veranstaltungen sollen u.a Rassismus an Hochschulen thematisiert werden. Das Referat soll im Zuge seiner Beratungen auch als Erstanlaufstelle bei Diskriminierungen jeglicher Art fungieren.
- Literatur zum Thema Rassismus an Hochschulen angeschafft wird. Die Literatur soll öffentlich aufliegen, deshalb soll die Anschaffung über die Bibliothek der JKU ablaufen.
- der Vorsitz Gespräche mit dem Rektorat aufnimmt, um ein gemeinsames Vorgehen gegen Rassismus und Diskriminierung jeder Art so wie eine gemeinsame Strategie für die JKU zu entwickeln.



Antrag zur ersten außerordentlichen Sitzung der ÖH JKU SoSe 2020
Antragsteller: Felix Kastner
GRAS, Jus4all, VSStÖ

Studienbeitragserslass an der Johannes-Kepler-Universität für eine studierendenfreundliche Hochschule

Viele Student_innen sind aktuell in finanziellen Notlagen. Viele der rund 60 % der erwerbstätigen Student_innen sind in einem geringfügigen Arbeitsverhältnis. Genau diese Arbeitsverhältnisse wurden und werden während der Corona-Krise überdurchschnittlich oft gekündigt. Laut Schätzungen der Bundes-ÖH wurden aktuell rund ein Drittel der erwerbstätigen Student_innen gekündigt. Das wären in etwa 80.000 Student_innen, die ersatzlos ihren Job verloren haben. Dieser Zustand ist nicht tragbar und macht es vielen Student_innen schwer finanziell über die Runden zu kommen. Meist sind es genau jene, welche neben dem Studium arbeiten müssen, um es sich zu finanzieren, die auch Studienbeiträge bezahlen müssen, da sie in der Mindeststudienzeit + den Toleranzsemestern nicht fertig werden. Die Studienbeiträge belaufen sich aktuell auf € 363,36 pro Semester, für Studierende aus Drittstaaten sogar € 726,72 pro Semester. Diesen Beitrag müssen Student_innen auch trotz des aktuell massiv eingeschränkten Universitätsbetrieb bezahlen und das obwohl die Leistungen der Universität nicht im vollen ausmaß angeboten werden. Zudem sind viele gezwungen ein Semester länger zu studieren, da manche Kurse nicht abgeschlossen werden können. Auch für das nächste Semester müssen sie die Studienbeiträge bezahlen.

Laut Bundesministerium für Wissenschaft, Bildung und Forschung müssen die jeweiligen Hochschulen den Erlass des Studienbeitrags autonom entscheiden. Aktuell sehen die Bestrebung der JKU leider nicht danach aus. Daher ist es umso wichtiger, dass wir uns als Interessensvertretung der Student_innen für deren Interessen stark machen und eine Studienbeitragserslass für dieses als auch für das kommende Semester fordern.

Die ÖH der JKU beschließt daher, dass...

- sie sich für den den (zumindest) teilweisen Erlass des Studienbeitrags für dieses Semester (SoSe 2020) und das kommende Semester (WS 2020/21) einsetzt und dies öffentlich wie auch in allen Gremien der Universität kundtut sowie diese Forderung auch in den Gesprächen mit dem Rektorat vertritt.
- Ein Sondertopf für Gutscheine für ÖH-Services bereitgestellt wird. Der Topf soll vorerst 50.000 Euro betragen und bei überdurchschnittlicher Nachfrage (d.h. jeder beantragende Studierende würde weniger als 5 Euro erhalten) aufgestockt werden. Dazu soll in Kooperation mit dem Wirtschafts- und Sozialreferat ein Antragstool zur Abwicklung dieses Service aufgesetzt werden. Die in der UV vertretenen Fraktionen

werden über den Fortschritt des Projekts regelmäßig informiert.

- die Gutschein-Maßnahme öffentlich beworben wird, um damit Druck auf das Rektorat auszuüben.



Antrag der Fakultätsvertretung TNF und der Studienvertretung MED
zur außerordentlichen Sitzung der Universitätsvertretung am 3.7.2020

Erweiterung der Arbeitsgruppe Satzungsüberarbeitung

Nachdem Vorsitzende von Studienvertretungen die keiner Fakultätsvertretung zugeordnet sind, seit der letzten Satzungsänderung als antragsberechtigte Mitglieder mit beratender Stimme zu den Sitzungen der Universitätsvertretung geladen sind, sollte diesen auch die Möglichkeit gegeben werden, sich an der Arbeitsgruppe Satzungsüberarbeitung zu beteiligen.

Die Universitätsvertretung der JKU möge daher beschließen:

- die Vorsitzenden der Studienvertretungen die keiner Fakultätsvertretung zugeordnet sind, zu allen zukünftigen Meeting der Arbeitsgruppe einzuladen.



Antrag der Fakultätsvertretung TNF und der Studienvertretung MED zur außerordentlichen Sitzung der Universitätsvertretung am 3.7.2020

Plan B

Die Corona Krise bescherte uns allen dieses Semester sehr überraschend teilweise undurchdachte Online Lehre. Um im Fall einer zweiten Welle nicht gleichermaßen unvorbereitet ins Wintersemester zu starten muss die JKU jetzt handeln und einen echten Plan B für Digitale Lehre im WS entwickeln.

Während für viele Studierende Online-Kurse sehr gut funktionierten, gab es vor allem in Studienrichtungen der Fächergruppen 3 und 4 große Probleme, weil Labor-Praktika nicht abgehalten werden konnten oder Medizinstudierende durch fehlenden Versicherungsschutz besonderen Belastungen ausgesetzt waren.

Die Universitätsvertretung der JKU möge daher beschließen:

- sich gegenüber dem Rektorat für eine detaillierte Ausarbeitung des "Plan B" besonders in Studienrichtungen der Fächergruppe 3 und 4 einzusetzen und die jeweiligen Studienvertretungen in ihren dahingehenden Bestrebungen zu unterstützen.
- die Fakultätsvertretungen in diesen Prozess mit einzubeziehen und den "Plan B" auch an alle Studienvertretungen in Form einer Vorabinfo zu kommunizieren.
- alle Studierenden über den ausgearbeiteten Plan in einem Sondernewsletter zu informieren.

Antrag der Fakultätsvertretung TNF
zur außerordentlichen Sitzung der Universitätsvertretung am 3.7.2020

Integration von Internet-Kultur in die Öffentlichkeitsarbeit der ÖH JKU

Um das allgemeine Interesse für die Arbeit der ÖH unter den Studierenden zu fördern muss eine Optimierung der Informationsvermittlung durchgeführt werden. Eines der beliebtesten Medien unserer Zielgruppe, Studierende im Alter von 18-30, sind Memes (abstrakte Verkettungen von humorösen Gedanken, Zitaten etc. mit Bildern). Wir gehen davon aus, dass durch deren Nutzung für informative Zwecke Interesse unter den Studierenden effektiver und zwangloser geweckt werden kann.

Für die optimale Nutzung dieses Formates schlagen wir die Schaffung eines Sachbearbeiter*innen-Posten im Referat für kulturelle Angelegenheiten vor. Der/Die eingesetzte Sachbearbeiter*in soll regelmäßig (min. alle 1-2 Tage) eigenen Content auf Basis von aktuellem Geschehen, bzw. zu Themen der Unipolitik (Beispiele: Fernlehre, Parkhaus-Thematik, Campuserwicklung, ...) produzieren, als auch Einsendungen von Studierenden moderieren und nach Überprüfung der Stimmigkeit mit den Grundsätzen der ÖH publizieren.

Als Grundsätze sehen wir: Humor, Nachempfindbarkeit und grundsätzlicher Informationsgehalt auf Basis aktueller Gegebenheiten im Rahmen der Freiheit von Kunst und Kultur zu halten.

Inhalte die wir ablehnen sind unter anderem: Diskriminierung jeglicher Art (Rassismus, Sexismus, LGBTQI+*-feindliche Inhalte, ...), Herabsetzen der Würde von Einzelpersonen, direkte politische Propaganda/Bashing zugunsten/-lasten bestimmter Fraktionen (Verschmähung einzelner Ideen / Aktionen kann in Einzelfällen jedoch im Interesse des Formats sein, sofern dies "über der Gürtellinie" passiert).

Die Universitätsvertretung der JKU möge daher beschließen:

- dass im Referat für kulturelle Angelegenheiten ein*e Sachbearbeiter*in für Internet-Kultur-Kommunikation eingerichtet wird.
- den/die Sachbearbeiter*in zu beauftragen eine eigene Social Media Präsenz (Facebook, Instagram, Twitter, etc.) aufzubauen, die zumindest Anfangs auch auf den "offiziellen" Kanälen der ÖH JKU gefeatured werden soll um Traffic zu generieren.
- dass ein Katalog unter Einbezug aller Fraktionen entworfen wird, in dem festgehalten wird, wie die Arbeit auszusehen hat.